

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) fordert:

Klare Weichenstellungen für die Rohstoffversorgung in der neuen Legislaturperiode

Berlin, 5. März 2025 – Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) richtet klare Erwartungen an die künftige Bundesregierung: Die Sicherstellung der heimischen Rohstoffversorgung muss in Koalitionsverhandlungen oberste Priorität haben – besonders in Zeiten globaler Krisen, geopolitischer Unsicherheiten und gestörter Lieferketten. Ohne mineralische Rohstoffe wie Sand, Kies, Quarzsande und Naturstein sind zentrale Zukunftsprojekte nicht realisierbar.

Dezentrale Rohstoffversorgung sichern

Deutschland ist auf eine zuverlässige Versorgung mit Gesteinsrohstoffen angewiesen, die derzeit an über 2.700 Standorten im gesamten Bundesgebiet gewonnen werden. Diese dezentrale Struktur hat immer schon kurze Transportwege und eine nachhaltige, ressourcenschonende Logistik gewährleistet. Sie ist zudem essenziell, um Baustellen und Industriebetriebe kosteneffizient sowie mit geringem CO₂-Fußabdruck zu beliefern. Doch da erforderliche Anschlussgenehmigungen oftmals nicht erteilt werden, nimmt die Zahl der Gewinnungsbetriebe seit Jahren kontinuierlich ab. In zahlreichen Regionen führt dies bereits zu einer angespannten Versorgungslage. Damit Deutschland resilient aufgestellt bleibt, muss sichergestellt werden, dass es für Rohstoffgewinnung weiterhin in allen Regionen Genehmigungen gibt. Die neue Bundesregierung muss dafür sorgen, dass regional Verantwortung übernommen wird.

Daseinsvorsorge gewährleisten

Obwohl Deutschland über umfangreiche Rohstoffvorkommen verfügt, werden viele dieser wertvollen Lagerstätten zunehmend mit anderen Nutzungen überplant und blockiert. Kommunale und überregionale Planungen schränken den Zugriff auf bestehende Rohstoffvorkommen ein, wodurch die langfristige Versorgung mit essenziellen Rohstoffen gefährdet wird. Um einer unnötigen Verknappung entgegenzuwirken, muss die Raumordnung konsequent darauf ausgerichtet werden, die Lagerstätten zu sichern. Gleichzeitig sollte gesetzlich festgeschrieben werden, dass die Rohstoffgewinnung zur Daseinsvorsorge gehört und damit im überragenden öffentlichen Interesse steht.

„Mineralische Rohstoffe stehen am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Ohne sie lassen sich Bau- und Infrastrukturprojekte nicht umsetzen – und das gerade jetzt, wo Straßen und Brücken auch für militärische Transporte fit gemacht werden müssen“, betont

Susanne Funk aus der MIRO-Geschäftsführung. „Die neue Bundesregierung hat es in der Hand, die Weichen für eine sichere Rohstoffversorgung zu stellen. Möglich ist es!“

Zum Verband: MIRO vertritt auf Bundes- und Europaebene die Interessen der Kies- und Sand-, Quarz- sowie Natursteinindustrie. Der Verband spricht für rund 1.600 Unternehmen mit fast 2.700 Werken in Deutschland, die ca. 22.500 Mitarbeiter beschäftigen. Sie stellen sicher, dass die jährliche Nachfrage nach den mengenmäßig wichtigsten Rohstoffen von etwa 500 Mio. t durch kurze Transportwege verbrauchernah bedient werden kann. Gesteinsrohstoffe wie Kies, Sand und Naturstein werden für die Erstellung von Wohn- und anderen Gebäuden sowie für den Bau und Erhalt von Verkehrswegen benötigt. Produkte aus dem Industriemineral Quarz werden von vielen Industriezweigen nachgefragt. Im wahrsten Sinne des Wortes bilden die Rohstoffe der Gesteinsindustrie die Basis unseres modernen Lebens.

Ansprechpartner für Redaktionen:

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

www.bv-miro.org

Susanne Funk, Geschäftsführerin Politik und Öffentlichkeitsarbeit

funk@bv-miro.org

Tel 030 – 2021 566 22

mobil 0175 699 5498

Sascha Kruchen (Pressearbeit)

kruchen@bv-miro.org

mobil 0171 813 97 99